

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 101 (2007)
Heft: 6

Artikel: Markt oder Demokratie?
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-389884>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1. «Verwesentlichung der Demokratie»?

1.1. Die Diskussion in der Schweiz

In der Vergangenheit waren sich die bürgerlichen Staatstheoretiker einig, dass nur der *konservative Charakter des Schweizer Volkes* den Radikalismus seiner direkt-demokratischen Institutionen erträglich mache. Von *Fritz Fleiner* (1867–1937) bis *Dietrich Schindler senior* (1890–1948) gaben sie ihrer Genugtuung Ausdruck, «dass gerade radikal-demokratische Verfassungsformen, wie das obligatorische Gesetzesreferendum ... eine eher konservative Politik begünstigt»¹ hätten. Als dagegen 1922 eine SP-Initiative auf Vermögensabgabe ergriffen wurde, lautete der Vorwurf auf «destruktive Wirkung», die nur schon durch die Lancierung eingetreten sei.²

Heute ist der Souverän kaum weniger konservativ, er misstraut dem Neuen und will Bewährtes erhalten. Nur gehört inzwischen auch der *Sozialstaat* zum Bewährten. Neu ist die Art und Weise, wie die Neoliberalen den Sozialstaat ideologisch sturmreif schiessen wollen, um die Umverteilung von unten nach oben zu betreiben. Und weil das Volk nicht mitmacht, soll die direkte Demokratie, wenn nicht die Demokratie überhaupt, marktconform begrenzt werden. «Verwesentlichung der Demokratie» heisst das euphemistische Zauberwort. Einen besonderen Auftakt machte *Lukas Mühlemann* in der Millenniums-Ausgabe der Tages-Anzeiger-Beilage «Das Magazin» (52/99). Er mahnte eine «Reform der direktdemokratischen Instrumente wie Initiative und Referendum» an; denn – so verkündete der damalige Credit-Suisse-Chef – «wir müssen verhindern, dass diese Instrumente noch mehr in den Dienst von Sonderinteressen gestellt werden und damit den politischen Entscheidungsprozess lähmen».

Seit dem Scheitern der rechtsbürgerlichen «Sonderinteressen» in der Volksabstimmung vom 16. Mai 2004, als die unsozialen Vorlagen des sog. Steuerpakets und der 11. AHV-Revision verworfen

Willy Spieler

Markt oder Demokratie?

«Markt oder Demokratie?» hiess ein Referat, das ich am 22. November 2004 im Romero-Haus Luzern gehalten habe. «Solidarität und Markt» war der Titel eines weiteren Referates vom 13. April 2007 im «Bistro éthique» in Meilen. Der vorliegende Artikel beruht auf diesen beiden Vorträgen. Sie konnten an ein früheres Referat im Romero-Haus anknüpfen, das unter dem Titel «Götze Markt oder Zehn Dogmen des Neoliberalismus» in den Neuen Wegen (1999, 230ff.) erschienen ist. Dogma Nummer 6 lautete: «Steht der Markt im Konflikt mit der Demokratie, rechtfertigt er auch deren Abschaffung.» Das Dogma ist leider aktueller denn je. Selbst in der Schweiz monieren neoliberale Ökonomen und Politikerinnen offen und öffentlich, dass Volksentscheide nicht «reformtauglich» seien. Aber auch der Prozess der Globalisierung ist mit zunehmendem Demokratieabbau verbunden.

In einem ersten Teil versuche ich aufzeigen, was da eigentlich abläuft, wenn Markt gegen Demokratie ausgespielt wird. Ein zweiter Teil konfrontiert die neoliberale Markttheorie mit gängigen Demokratietheorien und fragt nach den zugrunde liegenden Menschenbildern. Ausgehend vom sozial-ethischen Prinzip der Partizipation plädiere ich in einem dritten Teil für die direkte Demokratie als europäisches, ja weltweites Zukunftsmodell. Demokratie sollte darüber hinaus in allen demokratisierbaren Bereichen gelten, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft. W. Sp.

wurden, gerät die direkte Demokratie immer mehr ins Visier der Sozialabbauer. Ganz weit hat sich der Ökonom *Thomas Straubhaar* vorgewagt, als er im Tages-Anzeiger das neue Unwort von der «*Demokratiefalle*» prägte (25.5.04). Die Demokratie, so schreibt er, sei «zum Selbstzweck geworden». Sie sei nicht mehr ein «Instrument zur Wahrung des inneren Friedens und der individuellen Freiheit». In der Tat ist die direkte Demokratie die zuverlässigste Barriere gegen Sozialabbau geworden. Genau darin aber liegt nach Straubhaar die «*Demokratiefalle*». Denn: «Was in guten Zeiten an Erwartungen geweckt wurde und zu ausufernden Ansprüchen geführt hat, lässt sich die Mehrheit in wirtschaftlich härteren Zeiten nicht mehr wegnehmen.» Daher soll die Demokratie eingeschränkt, vom «Selbstzweck» zum «Mittel zum Zweck» werden – zum Zweck der Freiheit, die der Neoliberalismus meint. Demokratie habe sich den «Prinzipien von Marktwirtschaft, Selbstverantwortung und Privatautonomie» unterzuordnen. Und bist Du nicht willig, so brauche ich Sachzwänge. Wenn es nicht gelinge, «gegen die Interessen der Mehrheit eine langfristige, zukunftsfähige (Wirtschafts-)Politik durch(zu)setzen», dann werde «ein schleichender ökonomischer Niedergang demokratische Strukturen zusammenbrechen» lassen. So weit Straubhaar.

Diese Demokratiekritik hat auch in einer Broschüre von *Avenir Suisse* Eingang gefunden. Der neoliberale Think Tank klagt in der Zusammenfassung auf der Homepage: «Nirgendwo ist es so einfach, Sand ins Getriebe zu streuen, um Reformen zu verhindern und damit Innovationen, Wachstum und nachhaltige Beschäftigung zu gefährden.» Die Schweiz wird als «Vollkasko-Gesellschaft» oder als «rent-seeking society» an den Pranger gestellt. Rent-seeking heisst soviel wie Besitzstandswahrung und die ist offenbar schädlicher als die Abzockerei auf den Teppichetagen. *Avenir Suisse* will die

«direktdemokratischen Entscheidungen» zwar nicht abschaffen, aber doch «im Sinne von Paketen» bündeln, sie also ohne Rücksicht auf die Einheit der Materie der differenzierten Willensbildung des Volkes entziehen.³

Da kann einem wackeren Unternehmer wie dem Bâloise-Präsidenten *Rolf Schäubli* schon einmal der Geduldsfaden reissen. Der NZZ am Sonntag diktierte er, man müsse die heutigen Staatsausgaben subito um 20 Prozent senken. Dazu brauche es «*Notstandsmassnahmen*»; denn «unter normalen parlamentarischen Abläufen» könne «man einen solchen Wurf nicht machen». Das sei aber erst «ein Denkmodell, das es jetzt zu verfeinern» gelte (NZZaSo 14.12.03).

Eine ähnliche Diskussion gab es in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre im *Zürcher Kantonsrat*. Als das erste Sparpaket des damaligen *Finanzdirektors Eric Honegger* von der Mehrheit arg zerzaust wurde, verunglimpfte dieser das Parlament als «Risikofaktor» und rächte sich mit einer *Ausgabenbremse*. Die erste Vorlage, die er zu Beginn der Sommerferien 1997 in die Vernehmlassung schickte, hätte dem Regierungsrat die Vollmacht eingeräumt, die von Parlament und Volk beschlossenen Gesetze aus Spargründen einfach aufzuheben. Ein juristisches Gutachten wies nach, dass ein solches Vollmachtenregime verfassungswidrig wäre, und setzte dem rechtsstaatlich und demokratisch bedenklichen Treiben ein Ende.

Als die SP demgegenüber ein *keynesianisches Modell* der Reservebildung in guten Jahren und des Deficitspending in mageren Jahren vorschlug, meinte derselbe Honegger, eher lege ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Parlament bei voller Staatskasse spare. Honegger konnte auch der Konkordanzregierung nichts Gutes abgewinnen. Er meinte, «ein Regierungsrat ohne Sozialdemokraten und Grüne würde den Staatshaushalt rascher sanieren» (*Zürichsee-Zeitung*, 12.4.96). Der spätere *Swissair*-Chef hat

immer davon geträumt, wie effizient es doch wäre, wenn er den Staat wie ein Unternehmen führen könnte. Hochmut kommt vor dem Grounding.

Den Staat wie ein Unternehmen führen ist ein Rezept, das *New Public Management* heisst. Der Staat soll sich als Konzern verstehen, privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung nacheifern, seine Leistungen als Produkte verkaufen, sich am Markt behaupten und die Grundwerte des Gemeinwohls durch «Marketing», «Effizienz» und «Kundennähe» ersetzen. Der Haken daran ist nur, dass lange nicht alle Bürgerinnen und Bürger so kapitalkräftig sind, dass sie es zum umworbenen Kunden bringen. Der Fürsorgeabhängige ist nun einmal kein Kunde. Er wird schon gar nicht umworben. Den Sans-papier gibt's nicht einmal, es sei denn zum Zwecke der Ausschaffung. In der NPM-Ideologie triumphiert der nutzenmaximierende Bourgeois über den für das Gemeinwesen verantwortlichen Citoyen. Der NPM-Staat braucht auch keine Volksabstimmungen, für die Kundenzufriedenheit ist die Marktforschung zuständig.

1.2. Der globale Zusammenhang

Im internationalen Zusammenhang gilt der neoliberale Angriff nicht nur der direkten Demokratie, sondern der Demokratie überhaupt, wenn sie sich nicht marktkonform verhält. *Gerhard Schwarz*, der Wirtschaftsredaktor der NZZ, hat schon 1992 in Prag referiert, es gelte Abschied zu nehmen von der «bequemen» These, «Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge». Er verwies auf autoritäre Regime wie Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan, die alle den Markt liberalisiert hätten, besonders aber auf Chile, das «seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum einer brutalen Diktatur» verdanke. Ja, Schwarz erklärte *Chiles Militärdiktatur* unter General Pinochet zum «wirtschaftspolitischen Modellfall» (11./12.1.92). Dieser sei auch den ehemals «realsozialistischen» Ländern zu empfehlen. Ihr «Systemwechsel» laufe sonst «permanent Gefahr, in einen zum Scheitern verurteilten ›Dritten Weg‹ zwischen Plan und Markt zu münden». In einem Nachruf auf Milton Friedman verharmlost Schwarz nun diese «wirt-

«Wir brauchen eine Umfrage, um herauszufinden, was die breite Masse wirklich denkt.»

«Ist das nicht das, wofür Wahlen sind?»

schaftlichen Liberalisierungen als Vorstufe der politischen Befreiung und nicht als Stabilisierung eines totalitären Regimes» (NZZ 18./19.11.06). Aber nur, bis die politische Befreiung eine ökonomische nach sich zieht. Denn die Völker haben nur solange ein Recht auf Demokratie, als sie die neoliberalen Wohltaten nicht rückgängig machen.

Wer so naiv war, sich vom *Ende des Kalten Krieges* den Anfang einer weltumspannenden demokratischen Kultur zu erhoffen, wird nun eines anderen belehrt. Der gute Zweck des totalen Marktes heiligt auch das unbequeme Mittel der «Diktatur». Der Neoliberalismus wird durch *keine Systemkonkurrenz* mehr gezwungen, sich in der politischen Seite zu zeigen. In einem Silvester-Leitartikel von 1996 freute sich die NZZ (28./29.12.96) ganz ungeniert darüber, dass «die soziale Herausforderung, welche die Sowjets lanciert hatten», jetzt «hinfällig» geworden sei. Das Kapital muss nicht mehr befürchten, dass seine Opfer sich dem andern System zuwenden könnten. Dass «Marktwirtschaft» wichtiger sei als Demokratie, hätte das Weltblatt in Zeiten des Kalten Krieges niemals zu sagen gewagt.

Ob mit oder ohne Diktatur, es sieht heute ganz danach aus, als müssten wir von der unbequemen These ausgehen, dass sich kapitalistische *Marktwirtschaft und Demokratie tendenziell ausschließen*. Dazu ein paar Beispiele:

– Schon vor mehr als zehn Jahren, beim WEF 1996 in Davos, hat *Hans Tietmeyer*, damals Präsident der Deutschen Bundesbank, den versammelten Staatschefs gesagt: «Von nun an stehen Sie unter der Kontrolle der Finanzmärkte!» Jean Ziegler vermerkt «lang anhaltenden Beifall»⁴.

– Vor dem WEF 2000 sagte der US-amerikanische Star-Ökonom *Lester C. Thurow* dem Tages-Anzeiger (27.1.00) in schonungsloser Offenheit: «Wir befinden uns in einer Zeit, in der Firmen

den Ländern zunehmend Befehle erteilen. Der Elektronikkonzern Intel zum Beispiel baute eine Fabrik in Israel, die Regierung des Landes musste 600 Millionen Dollar zahlen, damit Intel nicht Ägypten den Vorzug gab. Oder Brasilien überreichte dem Autokonzern Ford 700 Millionen, Alabama und South Carolina zahlen an BMW und Mercedes. Das heisst: Diese Firmen entrichten nie Steuern an diese Staaten, sondern die Einwohner dieser Staaten zahlen Steuern an die Unternehmen. Die mächtigen Konzerne sind zu Steuerkollektoren geworden. Wenn man eine globale Wirtschaft hat ohne globale Regierung, erhöht sich die Verhandlungsmacht der Unternehmen. Firmen sind mobil, Länder nicht – und so kann man mit Ländern spielen, zumal sich Länder zunehmend in kleine, weniger mächtige Einheiten aufsplittern. Der politische Prozess – bis hin zur Gesetzgebung – wird heute von Firmen beherrscht.»

– *Thomas Friedman*, Sonderberater der ehemaligen US-Aussenministerin Madeleine Albright, spricht dazu den militaristischen Klartext: «Wenn die Globalisierung funktionieren soll, darf sich Amerika nicht davor fürchten, als die unüberwindliche Supermacht zu handeln, die es in Wirklichkeit ist... Die unsichtbare Hand des Marktes wird ohne sichtbare Faust nicht funktionieren. McDonald's kann nicht expandieren ohne McDonnell Douglas, den Hersteller der F-15. Und die sichtbare Faust, die die globale Sicherheit der Technologie von Silicon Valley verbürgt, heisst US-Armee, US-Luftwaffe, US-Kriegsmarine und US-Marinekorps.»⁵

«Es drängt sich der Schluss auf, dass die Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten», schrieb *Ralf Dahrendorf* schon vor bald zehn Jahren (Die Zeit, 14.11.97). Der pessimistisch gewordene Liberale, der die Menschheit «an der Schwelle zum autoritären Jahrhundert» wähnt, hat zweifellos

Recht, sofern die Globalisierung weiterhin unter einem neoliberalen Vorzeichen daherkommt. Auch das böse Wort vom «Faschismus des Marktes» ist keine linke Erfindung, sondern stammt von *Paul A. Samuelson*, dem Autor eines neoliberalen Handbuchs in den USA.⁶

«Ökonomie war noch nie ein demokratischer Prozess», meint Novartis-Chef Daniel Vasella (Weltwoche, 19.3.99). Das ist nicht nur ein Problem der Ökonomie, sondern auch der Politik. Je mehr nämlich eine *undemokratische Ökonomie* dereguliert wird, umso mächtiger wird sie, umso mehr beginnt sie nun ihrerseits die *Politik zu regulieren*. Das eben ist die *Dialektik der Deregulierung*, dass sie der Wirtschaft erlaubt, nicht nur ihr Kapital, sondern auch ihre Macht zu vermehren. Deregulierung schlägt so um in neue Regulierung, aber jetzt nicht mehr in eine Regulierung der Wirtschaft durch die Politik, sondern in eine Regulierung der Politik durch die Wirtschaft. Diese gibt dem Staat den Tarif durch, nicht nur den Steuertarif, sie beansprucht vielmehr die volle Definitionsmacht über das Gemeinwohl, das auf blasse Profitverträglichkeit reduziert wird. Das aber ist eine sozialetisch unzulässige Form der Annexion politischer Macht durch Gebilde, die keine demokratische Legitimation besitzen.

2. Der Vorrang des Marktes vor der Demokratie

2.1. Neoliberaler Fundamentalismus

Die neoliberale Ideologie ist antidemokratisch, weil sie fundamentalistisch ist. Politischer Fundamentalismus ist der Glaube an eine *absolute Wahrheit*, verbunden mit dem Willen, diese durch staatliche Zwangsmittel, allenfalls auch durch offene Gewalt durchzusetzen. Die absolute Wahrheit für die Neoliberalen lautet: Der *Weltmarkt* ist das *Weltgericht*. Politik hat kein Recht, sich diesem Weltgericht zu entziehen, auch nicht im Namen der Demokratie.

Warum soll z.B. ein «Dritter Weg»

zwischen Privatkapitalismus und Staatssozialismus zwangsläufig scheitern? Das sage ihm die «Sachlogik», meinte G. Schwarz im erwähnten Prager Referat. Solche «Sachlogik» ist der Fundamentalismus, der die Menschen zu ihrem Glück zwingen will. «Sachlogik» lag auch den «sozialistischen Produktionsverhältnissen» zugrunde, die den «ehernen Gesetzen» des historischen Materialismus folgten. «Sachlogik» verträgt sich mit keiner Demokratie, die andere Entscheidungen zuliesse als diejenigen, die von den Wächtern der absoluten Wahrheit akzeptiert werden. Was früher «wissenschaftlicher Sozialismus» hiess, findet heute sein Pendant im absoluten Wissen der Wirtschaftssachverständigen, die sich in «Räten der Weisen» oder in «Weissbüchern» in Szene setzen. Für sie alle gilt wie weiland für Margret Thatcher immer nur TINA – there is no alternative. «Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit», hiess das im historischen Materialismus. Mit demselben Engels-Zitat meinte der SPD-Bundeskanzler *Gerhard Schröder* gar die deutsche Agenda 21 begründen zu können (Der Spiegel 19.4.03).

An den historischen Materialismus erinnert auch die Verheissung, dass nur die Befolgung dieser ehernen Gesetze, damals der sich entfaltenden Produktivkräfte, heute der sich selbst überlassenen Marktkräfte, den Menschen eine *bessere Zukunft* garantiere – und das hier wie dort mit derselben historischen Notwendigkeit. Dafür sind heute Opfer zu bringen, Entlassungen hinzunehmen, niedrigere Löhne, Sozialabbau. *Daniel Vasella* als ehemaliger Chirurg formulierte es einmal in der Sprache seines angestammten Berufs: «Arbeitsplatzabbau ist wie ein chirurgischer Eingriff. Du weisst, es tut weh, aber es ist zu Deinem Besten. Am schlimmsten ist, langsam und nicht tief genug zu schneiden» (Financial Times, 9.3.96). Aber wie schon zu Zeiten des real existierenden Sozialismus leidet das verheissene «Beste» unter Parusieverzug, es will und will nicht werden.

Das gilt nicht nur für die soziale, sondern auch für die *ökologische Frage*. Es braucht die Umweltschäden des sich selbst überlassenen Marktes, damit dieser die Umweltschäden auch wieder beheben kann – sofern dann noch Zeit ist. *Otto Lambsdorff* schrieb schon vor Jahren in der NZZ (28./29.10.95), nur «der Freihandel» könne «jenen Wohlstand schaffen, der es den Menschen erlaubt, sich ein genügendes Umweltbewusstsein leisten zu können». Heute warnt Tschechiens Präsident *Vaclav Klaus* mit derselben Argumentation vor dem Klimaschutz. Für den Anhänger der «Marktwirtschaft ohne Adjektive» sind die grösste Gefahr des 21. Jahrhunderts nicht mehr die Kommunisten, sondern «ehrgeizige Umweltschützer» wie Al Gore, dessen Ansichten Klaus als «nicht normal» bezeichnet (TA 22.3.07). Da der sich selbst überlassene Markt die beste aller möglichen Welten ist, kann er niemals eine Zerstörung des Planeten herbeiführen. Es gibt immer nur Politikversagen, nie Marktversagen.

2.2. Amoral statt Sozialethik

Dieser Vorrang des Marktes vor der Demokratie ist umso bedenklicher, als damit implizit der Vorrang des Interesses, ja des Egoismus vor Moral und Ethik behauptet wird. Warum?

Der Neoliberalismus erwartet von den wirtschaftenden Subjekten kein moralisches Verhalten. Es genügt, dass sie ihre Eigeninteressen verfolgen, die auch sehr *egoistische Interessen* sein können. Dass aus der Summe dieser individuellen Interessen am Ende das Wohl des Ganzen hervorgeht, dafür sorgt der Markt. Das ist natürlich keine überprüfbare Feststellung, sondern ein Glaubenssatz. Das Problem ist auch nicht, dass solche Sätze vor mehr als 200 Jahren verkündet wurden, sondern dass es auch heute Leute gibt, die noch immer daran glauben. Als Beispiel erwähne ich den deutschen Ökonomieprofessor *Hermann Sautter*, der in einer neoliberalen Kritik von Ul-

rich Duchrows Buch «Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft» schrieb: «Der Markt sorgt in objektiver Weise für Solidarität, auch wenn die einzelnen das gar nicht so empfinden.»⁷ *Solidarität* beruht also nicht mehr auf Ethik, sondern wird durch den Markt von selbst hervorgebracht.

Derzeit macht ein *Karl Homann* mit seiner «Neuen Interaktionsökonomik» in neoliberalen Kreisen Furore. Er behauptet ebenfalls, die «Wettbewerbslogik» bedeute das «beste bisher bekannte Mittel zur Verwirklichung der Solidarität aller Menschen». Darum sei «Wettbewerb solidarischer als Teilen».⁸ Da verwundert es nicht, dass Homann von Gerhard Schwarz gleich als der «heute wohl führende Wirtschaftsethiker deutscher Zunge» gepriesen wird (NZZ 18.1.02.) So funktioniert nun einmal das neoliberale Zitierkartell.

Dass durch die Umpolung privater Egoismen in gesellschaftliche Tugenden Moral und Ethik in ihr Gegenteil verkehrt werden, kümmert diesen Neoliberalismus nicht im Geringsten. Schon sein Begründer *Friedrich August von Hayek* machte den Profiteuren der Wettbewerbslogik ein gutes Gewissen, indem er eine *soziale Gerechtigkeit* leugnete. Sie sei nur ein «Schlagwort des Sozialismus». Wenn gar die *Kirchen* für die «soziale Gerechtigkeit» eintreten, so wird nach Hayek «ein himmlisches Versprechen der Gerechtigkeit durch ein weltliches ersetzt».⁹

Die gegenwärtige Abzockerdebatte bringt es an den Tag: Gegenüber masslos *überhöhten Managersalären* darf der Staat auf keinen Fall intervenieren, da hilft nur noch «grosszügige private Wohltätigkeit», wie ein hilfloser Moralappell des Gerhard Schwarz nunmehr lautet (NZZ 15./16.7.06).¹⁰ Der Mannesmann-Prozess wegen überrisener Prämienzahlungen an ehemalige Führungskräfte und des damit verbundenen Vorwurfs der «Untreue» galt unserem Weltblatt als ungehörig. Denn: «In liberalen Ordnungen ergibt sich das

Unternehmensinteresse aus den Eigentümerinteressen» (NZZ 22.12.05). Wenn Gerichte sich einmischen, ist das «Verstaatlichung» (ebd.).

Ohne *Sozialethik* gibt es auch *kein Gemeinwohl*, das den Markt normativ begrenzen oder gar lenken dürfte, folglich hat Demokratie keinen moralischen Mehrwert gegenüber dem naturwüchsigen Marktgeschehen. Der homo politicus ist nicht anders als der homo oeconomicus ein nutzenmaximierendes Individuum. Die kollektive demokratische Entscheidung hat keine höhere Verbindlichkeit als die Koordinationsleistung der «unsichtbaren Hand». Im Gegenteil: Die Ergebnisse des Marktes sind immer wahr, während die Mehrheitsregel keine Wahrheit verbürgt. Mit *empirischer Beweisführung* hat eine solche Behauptung rein gar nichts zu tun.

2.3. Bourgeois versus Citoyen

Wenn es keine *Sozialethik* gibt, dann kann ein Vorrang der Demokratie vor dem Markt nicht begründet werden. Die demokratische Auseinandersetzung ist nichts anderes als ein Kampf der Interessen – wie das Marktgeschehen auch. Ausgehend von dieser scheinbar wertfreien Betrachtungsweise der *Demokratie als Konkurrenzkampf* sind tatsächlich sog. *empirische Demokratietheorien* entstanden. Analog zum Modell der Marktwirtschaft wird ein Modell der Demokratie propagiert, in dem die Anbieter die Parteien und die Nachfragenden die Wähler/innen sind. Angeboten bzw. nachgefragt werden politische Programme. Bezahlt wird mit Wählerstimmen. Analog zur Gewinnmaximierung geht es hier um *Stimmenmaximierung*. Wir wählen nach einem rationalen Kalkül die Partei, die uns in der nächsten Legislaturperiode am meisten Nutzen verspricht. Die Parteien umgekehrt versuchen, diese Nutzenmaximierung einer möglichst grossen Zahl von Wahlberechtigten in Aussicht zu stellen. Auch hier haben wir den Citoyen als Bourgeois, die Staatsbürgerin als Kundin.

Diese Theorie hat erstmals *Joseph A. Schumpeter* in «Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie» entwickelt. Er definiert Demokratie als eine Methode «zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben»¹¹. Wenn wir nun aber das Konkurrenzprinzip von der Ökonomie auf die Politik übertragen, dann sollte der Markt hier doch eigentlich genauso spielen wie dort. Nur wäre es ein *Markt der Meinungen, der Parteien, der Wählerstimmen*. Dann aber müsste die neoliberale Logik auch das Ergebnis demokratischer Entscheidungen als Werk einer «unsichtbaren Hand» anerkennen. Anders gesagt: Eine empirische Konkurrenztheorie kann zwar keine Begründung der Überlegenheit der Demokratie gegenüber dem Markt anbieten, aber – und das ist hier entscheidend – sie kann auch keine Begründung der Überlegenheit des Marktes gegenüber der Demokratie liefern. Beide Male geht es um freien Wettbewerb. Und wenn die Ergebnisse des demokratischen Wettbewerbs denen des ökonomischen Wettbewerbs widersprechen, dann widersprechen sich die unsichtbaren Hände des Marktes und der Demokratie. Der Neoliberalismus stolpert hier über seine eigene Prämisse.

Ich möchte die Frage noch weiterspinnen, ob es nicht auch zwischenstaatlich von Vorteil wäre, wir hätten wieder mehr *Systemwettbewerb*. Im Zeitalter des Benchmarking wäre es ja durchaus interessant, ein mehr soziales, ökologisches oder gar wirtschaftsdemokratisches System auf der einen Seite mit einer neoliberalen Marktwirtschaft ohne Adjektive auf der anderen Seite vergleichen zu können. Die Planierraupe des globalen und totalen Marktes ist insofern inkonsequent, als sie die Ausschaltung solcher Konkurrenz bezweckt.

Anders sieht die Frage nach dem Vorrang von Demokratie oder Markt für eine *normative Demokratietheorie* aus.

Diese muss allerdings von einer Sozialethik ausgehen, die auch die wirtschaftenden Subjekte nicht als ausschliesslich nutzenmaximierende und insofern amoralische Individuen betrachtet. Sie kann nicht mit *Milton Friedman* sagen: «The social responsibility of business is to increase its profits.»¹² (Die soziale Verantwortung eines Unternehmens liegt darin, den Gewinn zu steigern.) Oder wie der «bekenkende Kapitalist» Martin Ebner einmal dem Spiegel sagte: «Gewinnmaximierung ist an sich sozial» (15.12.97). Er hätte gerade so gut sagen können: «Habgier ist gut, Teilen ist schädlich.»

Normative Demokratietheorie behaftet den Citoyen und die Staatsbürgerin bei einem ethischen Rasonnement. Schon für den ersten und wichtigsten Theoretiker der direkten Demokratie, *Jean-Jacques Rousseau*, gibt es die «*Volonté générale*» nicht ohne den Willen jedes Einzelnen, seine materiellen Interessen hinter dem Gemeinwohl zurückzustellen. Der «*Contrat social*» ist ein Vergemeinschaftungsvertrag, in dem alle auf ihre egoistischen Interessen verzichten (*aliénation totale*) und sich nur am Gemeinwohl orientieren.¹³ Gewiss ist das eine Idealisierung, an die auch Rousseau nur beschränkt glaubte und die durch das reale Wahl- und Abstimmungsverhalten immer mal wieder desavouiert wird. Aber das Sein, das nicht dem Sollen entspricht, widerlegt dieses mitnichten.

Demokratie bedarf der inneren Bindung, der staatsbürgerlichen Tugend, der «*Vertu*», wie *Montesquieu* sagte¹⁴. Ebenso gut können wir von Solidarität sprechen, die in der Sozialethik ja auch als «Tugend» gilt, nämlich als «die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen»¹⁵. *Tomás Moulian*, ein chilenischer Soziologe und Marxist, stellt sich ebenfalls in diese normative Tradition, wenn er schreibt: «Politik braucht Ideologie oder anders gesagt: die Suche nach einem Sinn des Handelns, der über den reinen Machtkampf hinausgeht.»¹⁶

Am Rande sei vermerkt, dass zur Ethik der Demokratie auch der Respekt vor ihren *normativen Schranken* gehört. Sie liegen in der Demokratie selbst und in ihren Voraussetzungen von der Meinungsäusserungs- und Pressefreiheit bis zur Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Natürlich auch in der *Menschenwürde* und allen aus ihr ableitbaren Menschenrechten. Es gehört zur unausgegorenen Programmatik neokonservativer Parteien, dass sie diesen Zusammenhang verkennen. Sie vertreten einerseits eine neoliberale Doktrin des totalen Marktes und unterhöhlen damit andererseits die «Volkssouveränität», die sie angeblich keinen Schranken unterwerfen wollen. Aber vielleicht gilt ihnen die «Volkssouveränität» nur soviel, als sich damit gegen fremde Menschen und gegen Randgruppen agitieren lässt.

3. Die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche

In der Auseinandersetzung von (kapitalistischer) Marktwirtschaft versus Demokratie geht es letztlich um einen *Streit der Menschenbilder*. Auf Dauer können in Staat und Wirtschaft nicht zwei entgegengesetzte, ja sich ausschliessende Menschenbilder nebeneinander bestehen: im Staat ein partizipatives der Selbst- und Mitbestimmung, in der Wirtschaft ein autoritäres der Fremdbestimmung. Entweder setzt sich das autoritäre Menschenbild durch und bedeutet dann die Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche, oder das partizipative Menschenbild obsiegt und führt zur Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche.

In der Perspektive der Sozialethik steht der Mensch im Mittelpunkt des sozialen Lebens, ist er dessen *Träger und Ziel*. Daraus folgt das *Partizipationsprinzip* in seiner Verdoppelung als *Teilhabe* an den Erträgen und Ressourcen einer Gesellschaft und insbesondere Wirtschaft sowie als *Teilnahme* an allen Entscheidungen, die sich auf die soziale,

kulturelle, ökonomische und ökologische Existenz der jetzt lebenden Menschen und ihrer Nachkommen auswirken.

Wenn wir von diesem Partizipationsprinzip ausgehen, dann hat politische Demokratie eine *menschenrechtliche Qualität* (was im Zusammenhang mit dem Ausländerstimmrecht oft übersehen wird). Und es ist sehr die Frage, ob die *repräsentative Demokratie* diesem Prinzip noch genügen kann. Schon Rousseau meinte: «Das englische Volk wähnt frei zu sein, es täuscht sich ausserordentlich; nur während der Wahlen der Parlamentsmitglieder ist es frei; nach Schluss derselben, lebt es in Knechtschaft, ist es nichts.»¹⁷ Fakt ist, dass Wahlen im Zeitalter des Neoliberalismus keine *Richtungswahlen* mehr sind. Es geht höchstens noch um die Bestellung des für den Vollzug der Marktgesetze am besten geeigneten Personals. Aber auch die zur Wahl stehenden Parlamentsmitglieder kommen in parlamentarischen Demokratien in der Regel auf einer gebundenen Liste daher, die von den Wählenden nicht mehr verändert werden kann. Die Parteien bestimmen die Reihenfolge, in der die Kandidierenden gewählt werden müssen.

Gerade darum ist die direkte Demokratie aktueller denn je. Nur sie eignet sich, die *Pensée unique* einer eindimensionalen Politik, einer Politik ohne Alternative, zu *korrigieren*. Das wird auch von den Menschen in den EU-Staaten immer mehr so empfunden, weshalb sie wenigstens über die EU-Verfassung abstimmen wollten. Sehr zum Missfallen der Nutzniesser des Status quo. Während z.B. 92 Prozent der Deutschen nach dem Eurobarometer diesen Volksentscheid verlangten, schwante dem ehemaligen «Basisdemokrat» *Joschka Fischer* eine «populistische Falle», und die CDU tat das Verfassungsreferendum ab als «Bühne für Sektierer und Randalierer» (TA 24.4.04). Mag sein, dass die Mühlen der direkten Demokratie oft langsam mahlen, wie in der Schweiz der lange Weg zum UNO-Beitritt zeigte. Aber lieber spät als

nie und lieber spät als über die Köpfe der Menschen hinweg. Vielleicht gilt auch hier das stolze englische Wort: *Better self governed than well governed*.

Direkte Demokratie entwickelt ihre Attraktivität auch in anderen Teilen der Welt. Der demokratische Budgetprozess von *Porto Alegre* ist ein ermutigendes Beispiel. Auch linke Theoretiker beginnen den Wert der direkten Demokratie zu entdecken. *Noam Chomsky* meint: «Demokratie bleibt unvollkommen, wenn die Menschen nicht die wichtigsten Entscheidungen selber treffen.»¹⁸ Und *Tomás Moulian* sieht in der direkt-demokratischen, der «partizipativen Demokratie», wie er sie nennt, ein wichtiges Element für den «Sozialismus des 21. Jahrhunderts»¹⁹.

Der grosse Kampf, der uns bevorsteht, richtet sich gegen die Privatisierung der Welt durch *Stateless global governance*, also durch die demokratisch nicht legitimierte Herrschaft der Konzerne. Die *Europäische Union* mit ihren bald einmal dreissig Mitgliedstaaten und 500 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern hätte das Potential, anstelle des überforderten Nationalstaates die politische Instanz zu werden, die dem Weltmarkt Grenzen setzen könnte, um ihn sozial- und umweltverträglich zu machen. Darum sollte die EU nicht irgendeine Wirtschaftsverfassung bekommen, sondern eine *demokratische Verfassung* mit obligatorischem Referendum und mit einer Verfassungsinitiative, sodass sich Europa unter dem Einfluss seiner Bürgerinnen und Bürger sozial, ökologisch und demokratisch weiter entwickeln kann. Das ist umso wichtiger, als die Repräsentativität durch einen Abgeordneten auf 1 Million Menschen sonst sehr dünn sein müsste.

Ob und inwieweit diese Demokratisierung die *Weltebene* selbst prägen wird, ist eine der grossen Zukunftsfragen der Menschheit.²⁰ Im Moment gilt es wenigstens zu verhindern, dass global immer mehr Entscheidungen fallen, die sich lokal gegen die bestehenden poli-

tischen Demokratien richten. Es darf nicht sein, dass z.B. ökologische oder soziale Marktaufgaben als Verletzung der Handelsfreiheit im Sinne der WTO gelten oder dass der Service public durch das Dienstleistungsabkommen GATS immer mehr privatisiert wird. Das Völkerrecht, wie es vor den WTO-Verträgen galt, kannte so etwas wie eine *systemische Experimentierfreiheit* der Staaten. Sie ist weiterhin nötig, da ohne die Wahlmöglichkeit zwischen alternativen Gesellschaftsmodellen eine zentrale Voraussetzung von Demokratie entfällt.

Ein weiterer Kampf sollte endlich wieder der *Demokratisierung der Wirtschaft* gelten. Urs Marti bringt es in seinem wichtigen neuen Buch «Demokratie. Das uneingelöste Versprechen» auf den Punkt, wenn er im Anschluss an Macpherson schreibt, «dass eine demokratische Gesellschaft politische Kontrolle über die Investitionsentscheidungen und den Gebrauch der natürlichen Ressourcen der Gesellschaft voraussetzt, mithin die gesellschaftliche Kontrolle des Kapitals»²¹. Das Prinzip der Partizipation muss für alle wichtigen Entscheidungen gelten, die sich auf die Stellung der Menschen im sozialen Leben auswirken.

Wenn gar die politisch relevanten Entscheidungen nicht mehr in der Politik, sondern in der Wirtschaft getroffen werden, dann lassen sich die demokratischen Partizipationsrechte nur durch ihre Übertragung von der Politik auf die Wirtschaft aufrechterhalten, dann müsste künftig auch ein *ökonomisches Mitbestimmungsrecht* in den Katalog der Menschenrechte aufgenommen werden. Betriebsstillegungen und Massenentlassungen, nur um Interessen der Shareholder zu befriedigen, Fusionen, um zum Zweck der Gewinnmaximierung die Konkurrenz auszuschalten, Verlagerungen des Stammsitzes, um die Steuern dort zu bezahlen, wo sie am geringsten oder überhaupt nicht anfallen, das sind Entscheidungen, die nicht mehr von der – sich selber privilegierenden – Kapital-

seite allein getroffen werden dürften.

Die Alternative ist klar: Das neoliberale Menschenbild verlangt die Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche, das partizipative Menschenbild dagegen die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche. Mit dem Unterschied, dass der Weg der Demokratisierung keine *Pensée unique* zulässt, sondern für «tausend Alternativen» offen ist. Es ist der Weg von TINA zu TATA (there are thousands of alternatives). ●

¹ Dietrich Schindler, u.a. im Anschluss an Fleiner, in: Verfassungsrecht und soziale Struktur, Zürich 1950, 145f.

² Ebd. 95.

³ Vgl. Hans Rentsch, Stefan Flückiger, Thomas Held, Yvonne Heiniger, Thomas Straubhaar, Ökonomik der Reform – Wege zu mehr Wachstum in der Schweiz, Zürich 2004.

⁴ Die neuen Herrscher der Welt, München 2003, 99.

⁵ Zit. ebd. 36.

⁶ Vgl. Hugo Assmann / Franz J. Hinkelammert, Götzte Markt, Düsseldorf 1992, 22f.

⁷ In: Ökumenische Rundschau, Januar 1995, 464.

⁸ Zitiert nach: H.-J. Grosse Kracht, Kritik an der radikalliberalen Markttechnologie, in: Orientierung, 30.9.01, 194.

⁹ Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 2, Landsberg am Lech 1981, 97.

¹⁰ Zu diesem Widerspruch eines «moralischen Zeigefingers trotz amoralischer Egoismustheorie» vgl. Arnold Künzli, Die Angst des Neoliberalismus vor der Demokratie, in: NW 2004, 328ff., bes. 331f.

¹¹ Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1946, 428.

¹² So der Titel eines Essays von 1970 für das Times Magazine.

¹³ Du contrat social, I, 6.

¹⁴ De l'Esprit des lois, III, ch.II ff.

¹⁵ Johannes Paul II, in: Sollicitudo rei socialis, Nr. 38.

¹⁶ Ein Sozialismus für das 21. Jahrhundert, Zürich 2003, 163.

¹⁷ Contrat social, III. Buch, 15. Kapitel.

¹⁸ Zit. nach La Roche Studien 2004, 41.

¹⁹ Ebd. 151ff.

²⁰ Zu den «Bedingungen globaler Demokratie» vgl. Urs Marti, Demokratie. Das uneingelöste Versprechen, Zürich 2006, 165ff.

²¹ Ebd. 204.